

Deutschland-Hechingen: Dienstleistungen von Architekturbüros

OJ S 51/2023 13/03/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadt Hechingen

Postanschrift: Marktplatz 1

Ort: Hechingen

NUTS-Code: DE143 Zollernalbkreis

Postleitzahl: 72379

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Klotz und Partner GmbH

E-Mail: hesslinger@klotzundpartner.de

Telefon: +49 711/18744-20

Fax: +49 711/18744-33

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.hechingen.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E48426658>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E48426658>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Gebäudeplanung + optional Freianlagenplanung für die Erweiterung der Grundschule
Hechingen

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Stadt Hechingen plant eine Erweiterung der Grundschule mit folgendem Raumprogramm:

- Zusätzlicher Bedarf an Klassenräumen: vier
- Zusätzlicher Bedarf Differenzierungsräume: zwei je ca. 33 m²
- Zusätzlicher Bedarf Ganztagesräume: drei je ca. 33 m², zwei Räume zusammenlegbar zu Klassenzimmer
- Zuzüglich Nebenräume: z.B. Lagerflächen, WC-Anlagen, usw.
- Barrierefreie Erschließung

Die Erweiterung soll innerhalb des bestehenden Grundschulgeländes realisiert werden.

Im Vorfeld des Verfahrens wurde eine Machbarkeitsstudie vom Büro Hähnig und Gemmeke Architekten erstellt. Das Ergebnis der Machbarkeitsstudie liegt den Vergabeunterlagen mit bei.

Die zu entwickelnde Erweiterung kann als eigenständiger Neubau (Ergebnis Machbarkeitsstudie) konzipiert werden. Alternative Lösungsansätze sind willkommen.

Zu bewerten sind die Randbedingungen des Grundstückes, bestehende Bebauung/ Baukörper, Bezüge zur Grundschule und topografische Besonderheiten.

Auf Energieeffizienz ist bei der Planung des Gebäudes zu achten, so dass Fördermittel entsprechend aktueller Programme (z.B. Bundesförderung für effiziente Gebäude- Klimafreundlicher Neubau) generiert werden können.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE143 Zollernalbkreis

Hauptort der Ausführung: Hechingen

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Gebäudeplanung gemäß § 34 HOAI, LPH 1 - 9 sowie optional Freianlagenplanung gemäß § 39 HOAI, LPH 1 - 9.

Es ist beabsichtigt, die Leistungsphasen stufenweise zu beauftragen. Der Auftraggeber ist in seiner Entscheidung über eine Weiterbeauftragung frei; ein Anspruch auf Übertragung weiterer Leistungen besteht nicht.

Im Leistungsumfang enthalten sind alle Planungsaufgaben und alle erforderlichen Nebenleistungen, die zur sachgerechten und vollständigen Ausführung der Planung gehören bzw. erforderlich sind.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Personelle Projektorganisation / Gewichtung: 15%

Qualitätskriterium - Name: Qualifikation und Erfahrung des betrauten Personals, insbesondere der Projektleitung / Gewichtung: 30%

Qualitätskriterium - Name: Konzeption und Methodik zur planerischen, technischen und wirtschaftlichen Projektrealisierung / Gewichtung: 35%

Preis - Gewichtung: 20%

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7.

Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/08/2023 Ende: 31/12/2025

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

- 1) Anzahl Beschäftigte: 50 Punkte.
- 2) Referenzen Unternehmen - Gebäudeplanung: 600 Punkte.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Der Auftragnehmer wird mit der Anpassung der vorhandenen Freianlagen (Schulhof, angrenzende Grünbereiche) an die Neubauplanung der Schule beauftragt, sofern keine vollständige Überplanung der Freianlagen notwendig wird. Sollte sich eine vollständige Überplanung der Freianlagen ergeben, wird die Freianlagenplanung separat an einen Freianlagenplaner vergeben.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Das Büro Hähnig und Gemmeke Architekten aus Tübingen hat die Machbarkeit einer Erweiterung am Standort erstellt. Das Ergebnis der Machbarkeitsstudie liegt den Vergabeunterlagen bei.

Der Auftraggeber beabsichtigt im Rahmen der Verhandlungsgespräche von den ausgewählten Bietern Ideenskizzen anzufordern. Diese Leistung wird mit netto 2.500 € inkl. Nebenkosten je Bieter vergütet.

Die Verhandlungsgespräche finden voraussichtlich am 21.06.2023 statt.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- a) § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV: Eigenerklärung, dass mindestens ein Inhaber oder eine Führungskraft des Bewerbers/der Bewerbungsgemeinschaft zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt, Fachrichtung Hochbau oder vergleichbares“ gemäß § 75 Abs. 1 VgV berechtigt ist (Ausschlusskriterium).

Auf Verlangen der Vergabestelle ist der Nachweis über die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt, Fachrichtung Hochbau oder vergleichbares“ vorzulegen.

Hinweis: Für Bewerber aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind die jeweiligen Berufs- oder Handelsregister und die Bescheinigungen oder Erklärungen über die

Berufsausübung in Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.2.2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65) aufgeführt.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- b) § 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV: Eigenerklärung über den Bestand einer Berufshaftpflichtversicherung Ausschlusskriterium);
- c) § 36 Abs. 1 VgV: Eigenerklärung über die Inanspruchnahme Kapazitäten Dritter und ggf. Verpflichtungserklärung aller vorgesehenen Nachunternehmer (Ausschlusskriterium);
- d) Eigenerklärung über Nichtvorliegen Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB (Ausschlusskriterium);
- e) Eigenerklärung über Nichtvorliegen Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB (Ausschlusskriterium).
- f) Eigenerklärung zum Mindestlohn (MiLoG) Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bewerbern kurzfristig die Vorlage geeigneter Nachweise zu den o. g. Eigenerklärungen zu fordern.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu b) Gefordert wird eine Berufshaftpflichtversicherung mit 2 500 000 EUR Deckungssumme für Personenschäden und 2 500 000 EUR Deckungssumme für Sachschäden mit Nachweis der Maximierung der Ersatzleistungen auf mind. das Zweifache der Versicherungssumme pro Jahr. Für den Zeitraum der Bewerbungsphase ist eine Eigenerklärung des Bewerbers ausreichend, welche die geforderte Deckungssumme im Auftragsfall zusichert. Im Auftragsfall muss die entsprechende Haftpflichtpolice vorgelegt werden.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- g) § 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB i. V. m. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV: Durchschnittliche Zahl der angestellten technischen Beschäftigten (m/w/d) in den letzten 3 Geschäftsjahren im Bereich der ausgeschriebenen Leistungen; Teilzeitbeschäftigte können entsprechend ihrer Teilzeit angerechnet werden (Bei Bewerbungsgemeinschaften: Summe der Beschäftigten):

- $\geq 3 = 50$ Punkte / $< 3 = 0$ Punkte.

- h) § 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB i. V. m. § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV:

2 Referenzprojekte im Hochbau mit vergleichbarer Aufgabenstellung und Planungsanforderung, bei denen die Gebäudeplanung gemäß § 34 HOAI 2013 unter Beachtung der deutschen Richtlinien, Regelwerke und Rechtsvorschriften bzw. vergleichbarer ausländischer Regelungen erbracht wurde.

Für jedes Referenzprojekt ist ein Projektdatenblatt mit prüfbare Angaben zu den im Folgenden genannten Mindestbedingungen und Projektmerkmalen sowie zum Ansprechpartner des Auftraggebers inklusive Kontaktdaten einzureichen.

Projektmerkmale Referenzen 1 + 2:

- Referenzprojekt 1: Baukosten KG200 - 600, EUR netto: $\geq 3\,000\,000$ EUR = 100 Punkte / $< 3\,000\,000$ EUR und $\geq 1\,000\,000$ EUR = 50 Punkte / $< 1\,000\,000$ EUR = 0 Punkte;

- Referenzprojekt 2: Baukosten KG200 - 600, EUR netto: $\geq 2\,000\,000$ EUR = 100 Punkte / $< 2\,000\,000$ EUR und $\geq 1\,000\,000$ EUR = 50 Punkte / $< 1\,000\,000$ EUR = 0 Punkte;

- beauftragte und erbrachte Leistungsphasen 2 - 8 gemäß § 34 HOAI 2021 = 100 Punkte.

(Bei reduziertem Leistungsbild werden die maximal erreichbaren Punkte um die folgenden entsprechenden Leistungspunkte reduziert:

LPH 2: 7 Punkte / LPH 3: 15 Punkte / LPH 4: 3 Punkte / LPH 5: 26 Punkte / LPH 6: 10 Punkte / LPH 7: 4 Punkte / LPH 8: 35 Punkte).

- Ausschreibungen VOB-Leistungen öffentlich + national gemäß VOB/A, Abschnitt 1 = 100 Punkte.

Bonuspunkte (bis zur Maximalpunktzahl aller Referenzprojekte):

- Gebäudeart: Ausbildung/Wissenschaft/Forschung gemäß Anlage 10.2 HOAI, mindestens HZ III = 75 Punkte.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu h) Folgende Mindestbedingungen für die Wertbarkeit der Referenzprojekte zur Feststellung der Eignung sind je zwingend erforderlich:

- Abschluss der letzten beauftragten und erbrachten Leistungsphase der Projekte (ohne LPH 9) jeweils ab

dem 01.01.2017 und vor Einreichungsfrist dieses Teilnahmeantrags.

- Die Projekte müssen jeweils mindestens in die Honorarzone III gemäß Anlage 10.2 HOAI 2021

eingeordnet sein.

Die Mindestbedingungen müssen von jedem Referenzprojekt separat erfüllt werden, damit das jeweilige Referenzprojekt in die Wertung eingehen kann.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Architekt, Fachrichtung Hochbau oder vergleichbares gemäß § 75 Abs. 1 VgV

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

i) § 43 Abs. 2 + 3 VgV 2016: Bewerber/Bewerbergemeinschaften sind grundsätzlich zugelassen.

Eine Bietergemeinschaft wird im Falle der Zuschlagserteilung als Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung tätig. Im Teilnahmeantrag sind alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft anzugeben, eines davon ist als bevollmächtigter Vertreter zu benennen.

Eigenerklärung über die Auftragsanteile der einzelnen Mitglieder der Bietergemeinschaft im Auftragsfalle.

j) § 73 Abs. 3 VgV: Eigenerklärung über die Durchführung der freiberuflichen Leistungen unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen.

k) Eigenerklärung zu den Russlandsanktionen (BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022). Die Kriterien i) + k) sind Ausschlusskriterien.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5.

Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 11/04/2023 Ortszeit: 15:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 25/04/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 3 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Der für die Bewerbung erarbeitete Teilnahmeantrag ist für die Bewerbung zwingend zu verwenden. Der Teilnahmeantrag ist in Textform nach § 126b BGB abzugeben.

Der Teilnahmeantrag nebst Nachweisen, zu erstellenden Anlagen sowie allen Bescheinigungen etc. sind elektronisch über die Funktion „Teilnahmeantrag abgeben“ der Vergabepattform subreport ELViS einzureichen.

Rückfragen sind ausschließlich über die Vergabepattform subreport ELViS zu stellen. Die Beantwortung der Rückfragen erfolgt ausschließlich über die Vergabepattform subreport ELViS.

Bewerbergemeinschaften sind grundsätzlich zugelassen. Eine Bewerbung in einer Bewerbergemeinschaft schließt eine zusätzliche Einzelbewerbung aus und umgekehrt, wie auch eine Bewerbung in einer weiteren Bewerbergemeinschaft.

Eine Bewerbung als Einzelbewerber oder in einer Bewerbergemeinschaft schließt eine zusätzliche Bewerbung als Subunternehmer aus.

Mehrfachbewerbungen als Subunternehmer bei unterschiedlichen Einzelbewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften sind zugelassen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung vom 21.07.2021.

Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet:

- (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein;
- (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht;
- (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:
 - 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,
 - 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 - 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 - 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten die §§ 134, 135 GWB. Insbesondere gilt:

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß §134 GWB darüber informiert. Das gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

08/03/2023